



## **Statement der Landeselternschaft der Gymnasien zur Landtagsanhörung am 11. Juni 2008**

### **"Wie geht es weiter mit dem nordrhein-westfälischen "Turbo-Abitur"?"**

Wir begrüßen es, dass sich die überzogene Diskussion in den Medien über die Belastung der Schüler im achtjährigen Gymnasium in den letzten Wochen beruhigt hat. Unsere heftige Kritik aus den ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der Schulzeitverkürzung hatte zu den konkreten Absprachen zwischen der gymnasialen Elternschaft in NRW, den Lehrern, den Schulleitern und dem Schulministerium geführt und letztlich auch die Ganztagsoffensive des Landes bewirkt. Diese konkreten Absprachen, von denen wir hoffen, dass sie alle nach den Sommerferien greifen, und die Ganztagsoffensive des Landes werden die Belastungen und den Stress für die Schüler und die Eltern des achtjährigen Gymnasiums ganz erheblich mindern.

#### **Ersichtliche Förderung**

Fakt ist: Die achtjährige Gymnasialzeit erhöht das Stundenvolumen. Die Schüler haben auf die fünf Schuljahre der Sekundarstufe I verteilt 14 Stunden mehr Unterricht. Aber: Jedem Gymnasium stehen allein in den ersten fünf Jahren des Bildungsganges zehn bis zwölf Ergänzungs- und Förderstunden zu Verfügung, über deren Verteilung und Verwendung die Schule frei bestimmen kann. Diese Förderstunden sind eine wesentliche Neuerung des achtjährigen Gymnasiums. Im Februar wurde nun vereinbart, dass dieser Förderunterricht durch eine klare Ausweisung von Fach-, Ergänzungs- und Förderstunden für Eltern auf den Stundenplänen erkennbar wird.

#### **Auch weiterhin unterrichtsfreie Nachmittage**

Das Abitur nach acht Jahren bewirkt bereits in der Sek. I Nachmittagsunterricht. Da die Gymnasien freier als bisher die Stundenpläne der Schüler gestalten können, vereinbarten wir mit den Schulleitern, dass in der Erprobungsstufe maximal an einem Nachmittag in der Woche unterrichtet wird und nicht mehrmals die siebte Stunde. In den Jahrgangsstufen 7 und 8 soll sich der Nachmittagsunterricht auf zwei Nachmittage beschränken. An den anderen Nachmittagen können die Schüler wie bisher ihren individuellen Freizeitaktivitäten – auch im kirchlichen Bereich – nachgehen.

#### **Aufgabe der Eltern**

Die vordringlichste Aufgabe von Eltern sollte sein, ihrem Kind Rückhalt zu geben, ihm aber auch Motivation, Leistung und Erfolg zuzutrauen und seine Begabungen und Fähigkeiten nicht zu unterschätzen. G8 erfordert Veränderungen und eröffnet somit den Schülern und dem Gymnasium neue Möglichkeiten.

### **Die Chancen von G8**

Grundsätzlich sprechen viele Gründe für eine verkürzte Gymnasialzeit: Der triftigste ist ein gewonnenes Jahr für die Schülerinnen und Schüler, das sie individuell einsetzen können, um die vielfältigen Möglichkeiten in den neuen und innovativen Berufs- und Studiengängen zu nutzen, und um so ein Jahr Bildung und Persönlichkeitsentwicklung in ihre Zukunft zu investieren. Das ist besser, als alle im Gleichschritt bis zum 20. Lebensjahr in der Schule zu binden. Auch Prof. Dr. Elsbeth Stern stellte in ihrem Vortrag über den Zusammenhang von Intelligenz und Lernen auf unserer Herbstmitgliederversammlung 2007 eindeutig fest, dass Intelligenz vor allem ein schnelleres Lernen ermöglicht. Wichtig sei auch, dass es durchgängige und stringente Lehrpläne gebe und die Gymnasiallehrer verlässlich auf Begriffe und Wissen der Schüler in allen Jahrgangsstufen aufbauen könnten.

### **Musterlehrpläne als Serviceleistung**

Schüler fühlen sich zu recht überfordert, wenn sie auch weiterhin den gesamten Stoff von neun Schuljahren in der bisherigen Form lernen müssen. Doch wenn Doppelungen und unnötige Wiederholungen in den schulinternen Lehrplänen vermieden werden, kann die erforderliche Reduzierung der Stofffülle ohne Qualitätsverlust gelingen. Dies setzt konkrete Absprachen innerhalb des Lehrerkollegiums voraus. Das Schulministerium versprach ausgearbeitete „Musterlehrpläne“ als Serviceleistung zum neuen Schuljahr bereitzustellen, so dass die Gymnasien Beispiele dafür erhalten, was sie beruhigt weglassen können, um trotzdem die Lehrpläne zu erfüllen.

### **Regelung der Aufsicht in der Mittagspause**

Ein effizienter Unterricht am Nachmittag ist nur mit geregelten und ausreichenden Pausen sowie einer entsprechenden Verpflegung und Aufsicht möglich. Nicht zuletzt auch auf Drängen der Landeselternschaft der Gymnasien hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Ganztagsoffensive Mitte April nun erhebliche Ressourcen – auch für bauliche Maßnahmen – für alle öffentlichen Gymnasien sowie Gymnasien in kirchlicher und privater Trägerschaft bereitgestellt.

### **Modell 9 plus 3**

Die Landeselternschaft begrüßt die konsequente Strukturierung des gymnasialen Bildungsganges durch das Modell 9 plus 3. Ein entscheidender Vorteil dieses Modells ist die Beibehaltung der dreijährigen Oberstufe. Es ist sinnvoll, dass die Klasse 10 des Gymnasiums nicht länger – wie im Modell 10 plus 2 – eine Zwitterstellung einnehmen muss. Sie hätte sonst zwei Zielsetzungen gerecht werden müssen: Zum einen hätten die Schüler auf die Prüfungen am Ende der 10, die wir nach wie vor entschieden ablehnen, vorbereitet werden müssen. Zum anderen sollte sie der Vorbereitung auf die Qualifikationsphase dienen.

Jetzt gibt es die Möglichkeit, ohne Überfrachtung dieser Jahrgangsstufe neue Fächer und Fremdsprachen vor der Qualifikationsphase einzuführen.

Das Modell 9 plus 3 bedeutet keinesfalls eine unzulässige Abkoppelung des Gymnasiums von den anderen Schulformen, es erhöht vielmehr die Durchlässigkeit. Eine dreijährige Oberstufe lässt zudem auch den Realschülern ein weiteres Jahr Zeit, um sich auf die Qualifikationsphase vorzubereiten. Außerdem können alle Schüler in der 10. Klasse, die dann zur Oberstufe zählt, dadurch

besser gefördert werden, dass mindestens 34 Wochenstunden Unterricht und eine günstigere Schüler-Lehrer-Relation vorgeschrieben sind.

Darüber hinaus eröffnet dieses Modell **jedem guten Realschüler** die Möglichkeit **auf jedes Gymnasium** zu wechseln. Die Beibehaltung der freien Schuwahl für Realschulabsolventen ermöglicht es zum Beispiel katholischen Eltern auch weiterhin, ihre Kinder nach einer katholischen Realschule die Oberstufe eines katholischen Gymnasiums besuchen zu lassen. Auch für Schüler im ländlichen Raum hat dieses Modell erhebliche Vorteile – besonders im Hinblick auf sinkende Schülerzahlen. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass die Einführung der umstrittenen Sonderklassen an Gymnasien und Gesamtschulen entfällt.

### **Oberstufe**

Die Landeselternschaft begrüßt die Stärkung einer vertieften Allgemeinbildung durch die Erhöhung der Wochenstundenzahl auf vier Stunden in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und einer fortgeführten Fremdsprache und die Beibehaltung der individuellen Schwerpunktsetzung für die Schüler – nicht zuletzt durch die Einführung eines fünften Abiturfaches. Diese Reform trägt den Klagen der Hochschullehrer und der Arbeitgeber Rechnung. Insbesondere die Hochschulen klagen seit Jahren, dass die Grundkurse eine Sicherung der von Abiturienten zu erwartenden Kompetenzen in den Kernfächern nicht gewährleiste, die erworbene sehr weit reichende Spezialisierung in den Leistungskursen jedoch für den Studienerfolg nicht in diesem Umfang erforderlich sei.

### **Aussetzen der Reform**

Das Aussetzen der geplanten grundlegenden Oberstufenreform - bis die Bildungsstandards der KMK für die gymnasiale Oberstufe vorliegen, erspart den Gymnasien zwei Reformen in kurzer Zeit. Darüber hinaus sind die Gymnasien zurzeit noch mit der curricularen Umsetzung der Schulzeitverkürzung sehr belastet. Die inhaltliche Umsetzung der weitreichenden Oberstufenreform, mit der jetzt bereits in den Schulen begonnen werden müsste, ist weder Schülern noch Lehrern zusätzlich zu den bereits vorhandenen Belastungen zuzumuten.

Zum Gelingen der Schulzeitverkürzung sind mit der Ganztagsoffensive wesentliche Voraussetzungen geschaffen. Wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass die Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen Halbtags- und Ganztagsgymnasien erheblich ausgeweitet und gestärkt wird. Es gibt zurzeit landesweit nur 27 Gymnasien und 22 Realschulen im Ganztags. Insgesamt sieht dieses Programm die Schaffung von 216 neuen Ganztagschulen in NRW vor.

Die Landeselternschaft fordert darüber hinaus konkrete Unterstützung durch die Bezirksregierungen im pädagogischen Bereich zur Umsetzung der Reformmaßnahmen. Die einzelnen Schulen müssen für die vielfältigen Aufgaben konkrete Hilfen erwarten können, sonst wird der wesentliche Teil der Reform – die Reform der Schule von innen – nicht stattfinden.

Düsseldorf, den 4. Juni 2008